

Vom Lucky-Streik zum Klassenkampf

Die Welle der Hochschulaktionen des letzten Wintersemesters ist abgeebbt und das neue Hochschulrahmengesetz steht vor seiner Verabschiedung. Ganz spurlos sind die Aktionen nicht geblieben: Viele Studierende und auch SchülerInnen sind neu in politische Aktivitäten hineingezogen worden, manche haben sich politisch radikalisiert und den Zusammenhang ihrer Misere mit dem neoliberalen Generalangriff von oben erkannt. Einigen dämmert, daß keine der bestehenden Parteien, die alle den Hochschulstreik durch Umarmung zu ersticken suchten, ihre Situation merklich verbessern wird.

Eine andere Folge ist die geplante Gründung eines bundesweiten Studierendenzusammenschlusses Ende April in Duisburg. Im 2. Aufruf zu dessen Gründungskongreß fällt auf, daß jede genauere politische Analyse strikt vermieden wird. Völlig schwammig ist vom Zweck der "Vertretung sozialer Interessen auf gesamtgesellschaftlicher und allgemeinpolitischer Ebene" die Rede. Forderungen werden erst gar keine aufgestellt. Es besteht die vage Absicht, Studierendeninteressen und das kritische Potential der Intellektuellen in eine nicht näher definierte Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen einzubringen. Andererseits soll der Verband ein breiter Zusammenschluß von Studierenden verschiedenster politischer Richtungen werden, was klare politische Stellungnahmen zu einer größeren Bandbreite von Themen von vornherein ausschließt. Der allgemeinpolitische Anspruch, das "politische Mandat" wahrzunehmen, führt in Anbetracht fehlender politischer Festlegungen (vorerst) vor allem zu Allgemeinplätzen. So unklar die Konzepte also noch sind, mit bornierter studentischer Interessenvertretung oder Ständepolitik wird nichts zu gewinnen sein. Genau diese Orientierung dominierte jedoch die Proteste im Winter 97/98 und führte zu keinerlei Erfolg. Um so nötiger ist es jetzt, politisch Bilanz zu ziehen.

Immer wieder waren von diversen StudentenvertreterInnen Abgrenzungen zur 68er-Bewegung zu hören und ... - trotz "Che"-Schick und "Palli-Tüchern" - es stimmte. Die Studentenbewegung der 60er Jahre entstand, als die Kinder der "Aufbaujahre" angewidert vom "tausendjährigen Muff unter den Talaren", von Spießertum, Reglementierung, Nationalismus und Militarismus begannen, die gesamtgesellschaftlichen Zustände in Frage zu stellen. Angesichts der staatlichen Repression und vor dem Hintergrund des imperialistischen Krieges gegen die vietnamesische Revolution, der Kalten-Kriegs-Drohungen gegen die deformierten Arbeiterstaaten und des Generalstreikangriffs des französischen Proletariats radikalisierte sich die Bewegung. So entwickelte sich eine massenhafte Politisierung von Studierenden, SchülerInnen bis hin zu Teilen der Arbeiterjugend - eine Linksentwicklung, die bedeutende Chancen für die Verbreitung revolutionärer Politik eröffnete. Später erwachsen aus den "68ern" die kleinbürgerlichen Massenbewegungen für Pazifismus, Feminismus, Ökologie und "3. Welt"-Solidarität, sowie die diversen stalinistischen und sozialdemokratischen (sogenannten K-)Gruppen der 70er Jahre, die nie über den geerbten Reformismus hinaus kamen. Dem Abgang der 68er unter dem Titel "Marsch durch die Institutionen" verdanken SchülerInnen und Studierende heute all jene "aufgeklärten" LehrerInnen und DozentInnen, die sie zu guten StaatsbürgerInnen erziehen wollen. Die 68er-BarrikadenkämpferInnen und einstigen selbsternannten Revoluzzer à la "Grenzen-zu"-Cohn-Bendit, Bellizist Fischer oder Bundestagsvizepräsidentin Vollmer brauchten

fast 20 Jahre, um ihren Marsch erfolgreich zu beenden - als verantwortungsvolle ParlamentarierInnen des deutschen Imperialismus.

Ganz anders die "98er" - ihre SprecherInnen schienen gleich dort beginnen zu wollen: Allerorten grenzte man sich gegen linke Organisationen ab und suchte das Bündnis mit Universitätsleitungen und verständnisvollen bürgerlichen ParlamentarierInnen. Organisatorisch entsprechend konsequent war der Masseneintritt in die dafür dankbare FDP-"der Besserverdienenden". Politisch paßte man sich dem herrschenden Nationalismus und Rassismus an. In Duisburg etwa wurden Forderungen nach freiem Zugang und voller finanzieller Unterstützung für alle Studierenden unabhängig von ihrer Herkunft als erste realpolitisch=nationalistisch zurückgestutzt - getreu dem bornierten Motto, als Deutsche(r) könne man ja auch nicht einfach in die Türkei gehen und dort Studium und Ausbildungsförderung beanspruchen. Obwohl es allüberall hieß "Seminarleiter statt Eurofighter!" zeigte sich, daß manche Studierende so viele Eurofighter dann wohl auch wieder nicht opfern wollten... Damit haben sie sich nicht nur auf die Logik der Herrschenden eingelassen, sondern auch offen ihre Integrationsbereitschaft in die gemeinsame nationale Verantwortung bekundet. Sie haben lieber einen nationalen Block mit den kapitalistischen Ausbeutern geschlossen, als ohne Wenn und Aber zu Ihregleichen aus allen Ländern zu stehen - koste es die herrschende Klasse, was es wolle. So wurde mit dem Rassismus eine Flanke geöffnet. Denn wenn man sich einmal auf die Finanzierungssorgen der Regierung einläßt, gibt es kein Halten mehr: Als finanzierbar gilt nämlich allein jene profitorientierte Bildungspolitik, gegen die viele Studierende kämpfen wollten. Es ist eben das alte (Solidaritäts-)Lied: "Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt doch nur sich selbst im Stich!"

Karriere und Klassenkampf

In Folge der 68er-Studentenbewegung und aufgrund des gestiegenen Bedarfs eines zu imperialistischer Bedeutung zurückgefundenen deutschen Kapitals an höher qualifizierten Arbeitskräften wurden die Hochschulen für Teile der proletarischen Jugend und vermehrt für Frauen geöffnet. Diese notwendige Erweiterung der Universität über ihre Elitebildung hinaus ließ sich der Staat u.a. mittels Finanzierung des "zweiten Bildungsweges", Bafög-Zahlungen und Förderung der Hochschulen etwas kosten. Diese doppelte Aufgabe - Elitebildung und Massenqualifikation - in einer Institution würde die Regierung heute gerne entkoppeln: in ein gut finanziertes Studium der Elite und eine billige, "berufsnahe Ausbildung", ein Schmalspurstudium für die Masse. SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen dem nicht nur nichts entgegen, sondern gehen in Bundesländern unter ihrer Regierung schon längst den gleichen Weg. Unterschiede gibt es höchstens in Detailfragen, ansonsten ist bei einer rot-grünen Regierung die Staatskasse für Bildung genauso leer wie bei der derzeitigen Bundesregierung. Die propagierte Konkurrenz unter den Unis ("Top"-Unis contra Massenunis) dient dieser Entkoppelung ebenso wie die Umstrukturierung von Studiengängen, die Öffnung zur berufsnahen Aus- und Weiterbildung etc. Mit Studiengebühren sollen dann die Massen auch noch das sich für sie verschlechternde Studium selbst mitfinanzieren - wohlwissend, daß sie die Qualifikationen dringend brauchen, um bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit noch Arbeit zu finden.

Fortsetzung auf Seite 7

Lucky-Streik ...

Fortsetzung von Seite 10

Anders als vor 100 Jahren kommen Studierende heute nicht mehr nur aus bürgerlichen Elternhäusern, sondern auch aus Arbeiterfamilien (inklusive wesentlicher Teile der Angestellten außerhalb des Managements). Damit einher geht die Entwicklung, daß immer mehr ihr Einkommen gezwungenermaßen "neben" dem Studium durch meist schlechtbezahlte Lohnarbeit verdienen müssen. Nach dem Studium geht ein zunehmender Teil in Arbeitsverhältnisse ohne Leitungs- und Führungsfunktionen und gehört zur qualifizierten Oberschicht der Arbeiterklasse oder wird arbeitslos bzw. in ausbildungsfremden Berufen als Ungelernte beschäftigt. So spiegelt sich in der Studierendenschaft nicht nur der Herkunft nach, sondern immer deutlicher auch der gegenwärtigen sozialen Lage/Not und der zukünftigen Perspektive nach die Klassenspaltung der Gesellschaft wieder.

Von den Studierenden, deren Herkunft oder berufliche Perspektive am reich gedeckten Tisch der Bourgeoisie liegt, können einige als Ausnahme von der sozialen Regel "Das Sein bestimmt das Bewußtsein" ihre Klasse verraten, bewußt auf ihre Karriere verzichten und sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen. Im allgemeinen blamieren sich jedoch moralische Appelle, wenn sie im Widerspruch zum objektiven Interesse der Angesprochenen stehen. Der Glaube, man könne alle Studierenden trotz verschiedener Interessenlage für einen gemeinsamen Kampf gewinnen, ist entweder naiv oder opportunistisch, weil er von den benachteiligten StudentInnen verlangt, im Namen der Einheit mit den privilegierten Schichten, ihre berechtigten Interessen zurückzustecken. Auf den Vollversammlungen war diese Spaltung z.T. handgreiflich zu spüren. Während VertreterInnen privilegierter Studierender StreikbefürworterInnen auf VVs sogar offen mit Gewalt drohten, gingen die radikaleren Elemente um der Einheit aller Studierenden willen oft von ihren Forderungen ab - nicht sehend, daß sie damit einer Illusion hinterherlaufen.

Deshalb ist es notwendig, die Studierenden entlang der Klassenwidersprüche politisch zu polarisieren. Es geht nicht nur darum, die soziale Ohnmacht der Studierenden zu erkennen und sie auf die notwendige Hilfe der Arbeiterklasse zu verweisen. Zentral ist es zu erkennen, daß jeder ernsthafte Kampf um das "Recht auf Bildung" (das es im Kapitalismus nie gab und geben wird) auch ein politischer Kampf von Studierenden gegen Studierende sein wird: Es gibt nämlich die Kinder und zukünftigen Kader der Bourgeoisie, die keineswegs irreführt sind, sondern in ihrem eigenen Interesse Kohls Bildungspolitik gut finden. Demgegenüber müssen KommunistInnen sich auf die benachteiligten Schichten der Studierendenschaft stützen, um deren berechnete Wut in ein Bündnis mit der Arbeiterklasse einzubringen und zu einem gemeinsamen Kampf gegen das System kapitalistischer Ausbeutung zu führen. Das Recht dieser Schichten auf Bildung kann nur mit der Forderung nach freier und kostenloser Bildung mit einer existenzsichernden finanziellen Unterstützung für alle verwirklicht werden. Dies bedeutet das uneingeschränkte Recht aller - unabhängig von Schulabschlüssen - auf eine qualitativ hochwertige Universitätsbildung mit einem staatlich finanzierten Einkommen. Auf dieser politischen Grundlage müssen einheitsfrontähnliche Zusammenschlüsse von Studierenden aufgebaut werden, die die notwendigen Aktionen und Kämpfe organisieren und in denen die Basis demokratisch die Finanzen und die Führung des Kampfes kontrolliert. In diesem Rahmen müssen KommunistInnen durch vorbildli-

chen Einsatz und politische Überzeugungsarbeit um die Führung kämpfen. Dagegen sind klassenübergreifende Vollversammlungen aller Studierenden zu diesem Zweck und Kampf wenig geeignet und auch kein Maß für die Legitimität von Aktionen.

SpAD und Klassenk(r)ampf

Diese besonderen Hürden für ein marxistisches Herangehen an die Studentenbewegung kann die Spartakist-Jugend, Jugendorganisation der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), gar nicht nehmen. Ihre Behauptung "Die Universitäten sind Kaderschmieden für die Bourgeoisie, ..." (SPARTAKIST-Flugblatt, 02.12.97) mag zwar vor 50 oder 100 Jahren eine erschöpfende Analyse der sozialen Funktion der Hochschulen gewesen sein. Aber heute ist dies eben nur noch eine Funktion, da seit den 70er Jahren ein steigender Prozentsatz der Studierenden für qualifizierte Berufe (ohne Führungsaufgaben) in der Arbeiterklasse ausgebildet wird, d.h. nach der Uni zur sogenannten Arbeiteraristokratie gehört.

Da nützt es auch nichts, wenn die SpAD - anders als viele Teile der (kleinbürgerlichen) Linken - die soziale Machtlosigkeit der Studierenden benennt und das studentische Fliegengewicht auf das notwendige Bündnis mit dem sozialen Schwergewicht der Arbeiterklasse verweist, deren Kraft allein einen grundlegenden Wandel auch in der Bildungspolitik bewirken kann. Ihre oberflächliche und schematische Analyse der Unis als bloße Kaderschmieden und ihre rituelle Phrase "Unis unter Kontrolle der Arbeiter, Studenten und Dozenten!" (*ebenda*) macht das Bündnis (von lauter angehenden bourgeoisen Kadern?) mit der Arbeiterklasse zu einer unverständenen Parole.

Im Flugblatt der Spartakist-Jugend wird das Unverständnis der gegenwärtigen Situation ergänzt durch fromme Wünsche und eine seltsam realitätsferne Idealisierung der gegenwärtigen Arbeiterbewegung.

"Wenn ÖTV und GEW ihre Basis in den Universitäten und Krankenhäusern mobilisieren würden, könnte der gesamte Uni-Betrieb lahmgelegt werden" - ja wenn ... Diese Mobilisierung kann nur das Ergebnis eines harten innergewerkschaftlichen Kampfes gegen alle BürokratInnen und ReformistInnen sein. Dazu muß der Aufbau einer revolutionären Partei einhergehen mit dem Aufbau von klassenkämpferischen Gewerkschaftsfraktionen - basierend auf einem Programm von Übergangsforderungen - die den Kampf gegen die kapitalistische Offensive konsequent zuspitzen und so mit der sozialistischen Revolution verbinden.

Die SpAD und ihre Internationale Kommunistische Liga (IKL) propagieren jedoch faktisch nur noch den Aufbau ihrer Organisation als Allheilmittel und Ersatz für die aktive Teilnahme an Klassenkämpfen und die Arbeit in den Gewerkschaften. Wiederholt - z.B. in Frankreich 95/96, 1997 in Kanada - lehnte die IKL eine Orientierung auf die Ausweitung von Massenkämpfen gegen Angriffe von oben zu einem Generalstreik ab und empfahl stattdessen den Aufbau ihrer Partei (s. unsere Kritik in 1917 19/20). Dies wundert wenig bei einer Organisation, deren US-amerikanische Führung dafür bekannt ist, alle eigenständig denkenden GewerkschaftsaktivistInnen aus den Reihen ihrer Partei entfernt und damit eine einst vielversprechende kommunistische Gewerkschaftsarbeit mutwillig zerstört zu haben. So bleiben Hoffnungen auf die militante Unterstützung durch die Gewerkschaften zwangsläufig fromme Wünsche, wovon mit einer ungerechtfertigten und auch noch inkonsequenten Idealisierung der "Arbeiterklasse an sich" abgelenkt werden soll:

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin/ Hamburg:	Gruppe Spartakus Postfach 210 254 10502 Berlin
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Str. Toronto, Kanada M5C 1J0
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 9671 Wellington, Neuseeland

"In ganz Westeuropa hat die Arbeiterklasse zurückgeschlagen ..." gegen den kapitalistischen Generalangriff. Da diese heroische Idealisierung aber zu offensichtlich nicht der gegenwärtigen Wirklichkeit des Klassenkampfes entspricht, wird an anderer Stelle des Flugblattes unvermittelt festgestellt:

"Aber das Mißverhältnis zwischen diesem (revolutionärem, Anmerkung von uns) Zweck und dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Jugendlichen international ist groß. Zum ersten Mal seit der Pariser Kommune identifizieren die Arbeitermassen im Kampf ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht mit den Idealen des Sozialismus oder dem Programm der proletarischen Revolution" (SPARTAKIST-Flugblatt, 02.12.97).

Da drängen sich zwei Fragen auf: 1. Auf welchem Planeten haben die GenossInnen seit der Pariser Kommune gelebt? 2. Ja was denn nun: Ist die Klassenkampfkongunktur nun top oder flop? Beides steht völlig unvermittelt nebeneinander. Die auch von der SpAD angesprochenen Massenstreiks in Frankreich zeigen, daß die Arbeiterbewegung nicht tot ist. Das dramatisch gesunkene Klassenbewußtsein hat zwar die Wut der Arbeiterklasse über ihre verschärfte Ausbeutung nicht verhindert, diese Wut allerdings derart gefesselt, daß es ein echtes, geschweige denn erfolgreiches Zurückschlagen der ArbeiterInnen "in ganz Westeuropa" bisher nicht gegeben hat. Selbst die herausragenden Klassenkämpfe in Frankreich waren kein Sieg, sondern nur keine Niederlage (s. 1917 18). Auch in Deutschland hat die Arbeiterklasse ihre Wut gezeigt (DGB-Demo Juni 96 in Bonn, Lohnfortzahlung, Bergarbeiterproteste), gerade hier konnte sie aber erfolgreich an einem ernsthaften Zurückschlagen gehindert werden - nicht zuletzt durch nationalistische und rassistische Betäubungsmittel, die die SPD- und GewerkschaftsreformistInnen der Arbeiterbewegung einflößen (allen voran bei IG Bergbau und IG BAU). Was in dem Flugblatt der Spartakist-Jugend betrieben wird, ist - milde ausgedrückt - eine hilflose, heroisierende Schönfärberei, derer man sich scheinbar selber nicht so sicher ist.

Mindeststandards und Minimalforderungen

Während sich die Spartakist-Jugend die gegenwärtige Verfassung der Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der SpAD-typischen Kombination von Sterilität und weltfremder Arbeitertümelei schönlügt, passen Organisationen wie Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Sozialistische Alternative Voran (SAV) und Linksruck ihre Politik dem

gegenwärtigen Tiefstand des Klassenbewußtseins opportunistisch an.

Der Reformismus des RSB kommt etwa darin zum Ausdruck, die eigenen Forderungen im eigenen Flugblatt noch zu unterbieten - um realpolitischer und akzeptabler rüberzukommen:

"Soziale Grundsicherung für alle!", die "mindestens 2200,- DM pro Monat betragen" soll, "um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Minimale Forderung im Bildungssektor ist die volle Lehr- und Lernmittelfreiheit für SchülerInnen und Studierende und die Abschaffung jeglicher Darlehensregelung bei der Studienförderung, ..." (Avanti-Flugblatt: "Jetzt die Wende durchsetzen!", ohne Datum).

Was denn nun: Mindestens 2200,- DM für alle oder minimalistisch realpolitisch erst mal den derzeitigen Bafög-Satz in Höhe von ca. 1000,- DM ohne Darlehensrückzahlung? Na vielen Dank, immer schön reformistisch Häppchen für Häppchen sich zu dem hin "steigern", was angeblich im Rahmen der kapitalistischen Logik noch machbar sei.

Durch seine konstruktiven Finanzierungsvorschläge "Abschaffung des Rüstungshaushalts und erhöhte Steuern auf Unternehmensprofite" (*ebenda*) setzt der RSB noch eins drauf und verbreitet die Illusion, daß "eine umfassende Wende" im Kapitalismus durchsetzbar sei.

Ansonsten zeichnet sich der RSB durch eine gewollt schwammige Ausdrucksweise aus. Wird der "Klassenkampf von oben" schon in Führungszeichen gesetzt, so wird der "von unten" überhaupt nicht mehr beim Namen genannt. Da ist vage die Rede davon, die Studierendenproteste müßten "Teil einer umfassenden Bewegung gegen Sozialabbau werden", damit das vorhandene Geld "nur verfügbar gemacht" werde.

"Die gegenwärtige Bewegung bietet die Gelegenheit breiter als bisher die zunehmende Kluft zwischen Reichtum einer Minderheit und Neuer Armut und Sozialabbau für die Mehrheit der Bevölkerung zu thematisieren und damit die Voraussetzungen für eine umfassende Wende in der Gesellschaft herbeizuführen" (*ebenda*).

Das ist kein Papiertiger, das ist ein zahnloser Papiertiger. Man hört die Bourgeoisie förmlich zittern vor der Thematisierung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, die zu verbergen sie sich ja nicht die geringste Mühe gibt. Auch schämt sich die Regierung keineswegs dafür, von unten nach oben umzuverteilen, dazu steht sie unverblümt, denn alles andere sei Reformstau. Das meint übrigens seit ihrem Hannoveraner Parteitag auch die SPD nunmehr ganz offiziell. Die Unfähigkeit des RSB, als auch der anderen reformistischen Organisationen à la Linksruck und SAV, für eine revolutionäre Alternative zur herrschenden Misere einzutreten, bedeutet in der sozialen Wirklichkeit letztlich nichts anderes, als Studierende und ArbeiterInnen, Jugendliche und Arbeitslose wehrlos dem Kapital ans Messer zu liefern.

Jetzt einen - später spalten?

Die Internationalen Sozialisten (IS) begannen als Linksabspaltung von der Sozialistischen Arbeitergruppe, deren Mehrheit später in die Jusos eintrat und dort Linksruck bildete. Auch die IS verstehen nicht, daß es die Studierendenschaft als soziale Gruppe mit grundlegenden gemeinsamen Interessen nicht geben kann. So rufen die IS denn auch dazu auf, die Einheit aller Studierenden unter der alleinigen Losung "Weg mit dem HRG!" herzustellen und diese Einheit jetzt nicht zu spalten. Erst nach einem Erfolg dieses Verteidigungskampfes könne man weitergehende Parolen ausgeben (s. *Klassenkampf* 13). Zur Begründung benutzen sie die übliche Masche zur Rechtfertigung von Volksfron-

ten, d.h. der klassenübergreifenden Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (oder eben wie hier, ihren Kindern und kommenden Kadern): Der unmittelbare Feind (Krieg, Faschismus, Rüstung, Reaktion,...) wird zum ganz besonderen Super-Über-Ober-Übel aufgebaut. Deswegen wird versucht im ersten Schritt gemeinsam mit Teilen der Bourgeoisie gegen die vermeintlich besonders reaktionäre ("anomale") Entwicklung des Kapitalismus vorzugehen. Erst in der zweiten Etappe dürfe der Kapitalismus an sich bekämpft werden.

"Erst, wenn wir das HRG gestoppt haben, haben wir uns überhaupt wieder eine Chance erobert, uns bessere Bedingungen an den Universitäten zu erkämpfen. Aber jetzt müssen die Studenten wirklich alles tun, um diesen Angriff abzuwehren ..." Denn: "Wenn das neue HRG ... durchkommt, ist jeder weitere Studentenprotest zum Scheitern verurteilt ... Kein Politiker bräuchte also mehr bundesweite Protestaktionen der Studenten zu befürchten" (*ebenda*).

Dieser Katastrophismus ist unrealistisch - die Erfahrungen unserer neuseeländischen GenossInnen belegen das (s. *CAMPUS BOLSHEVIK* 8 und 9). Auch in der Situation nach dem HRG sind erneute erfolgreiche Kämpfe möglich. Höchstwahrscheinlich werden auch die IS nach dem HRG nicht jedem Studierendenprotest als unvermeidlich erfolglos den Rücken kehren. Was interessiert sie dann ihr Geschwätz von gestern ... Aber jetzt taugt dieses Geschwätz dazu, radikalere Kräfte als Spalter zu denunzieren und der Bewegung im Namen der Einheit eine impotente Minimalpolitik aufzuzwingen.

Für eine revolutionäre Antwort

Daß das HRG kein alles rechtfertigender Weltuntergang ist, ist natürlich kein Grund, eine ernste Niederlage wie das HRG einfach hinzunehmen. Wer aber die notwendigen Kämpfe auf bloße Abwehr eines angedrohten Übels beschränken will und damit den ohnehin üblen Status quo verteidigt, der hat die Niederlage und das Zurückweichen mit der Schere im Kopf schon umgesetzt. Bekanntlich ist nämlich Angriff die beste Verteidigung. Selbst Reformzugeständnisse seitens der Bosse hat es immer nur gegeben, wenn eine Bewegung sich nicht auf Reformforderungen beschränkte, sondern darüber hinausging. Schließlich ist das angeblich so außerordentliche Übel jedesmal nur der normale Entwicklungsgang des real existierenden Kapitalismus und ohne Kampf gegen diesen nicht zu beseitigen.

Daß Studierendenkämpfe "nur mit der Solidarität über die Kommilitonen hinaus gewonnen werden" (*Klassenkampf* 13) können, ist wahr. Dies erfordert aber mehr als die Addition von Teilkämpfen um gruppenspezifische Teilforderungen und die moralistische Einforderung gegenseitiger Solidarität. Forderungen, die lediglich den sehr wohl privilegierten Status quo des Studierenden verteidigen (statistisch 1994 nur 14% "Arbeiter"-Kinder!), sind dazu ungeeignet. Dazu sind Übergangslösungen nötig, die anknüpfend an den vorliegenden Problemen die kapitalistische Logik - Dinge und Menschen zu "verwalten" - grundsätzlich in Frage stellen und die nicht-bourgeoise Studierende und ArbeiterInnen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen vereinen. Die Forderung nach *freier Bildung für alle* - unabhängig von Geschlecht, Nationalität und bisherigem Schulabschluß - und einem *existenzsichernden staatlich finanzierten Einkommen für Studierende* hat diesen Charakter, da sie jede Einschränkung und damit jedes Privileg aufhebt, wer studieren kann oder darf. Viele Arbeiterjugendliche finden heute keinen Ausbildungsplatz mehr und werden so von jeder Bildung und Qualifizierung ausgeschlossen - die For-

derung nach *freier und guter (Aus-)Bildung für alle* schließt auch sie mit ein. Eine zentrale Bedeutung kommt der Forderung nach *Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich* zu. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und -verarmung ist sowohl ein Kampf um die Zukunftsperspektiven von heutigen StudentInnen und SchülerInnen, als auch ein wesentliches Bindeglied zu den gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse. Gerade Arbeiterjugendliche sind heute besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen, werden oft nach der Ausbildung nicht übernommen. Die Forderung nach der Verteilung der Arbeit auf alle Hände kann auch die notwendige Verbindung zwischen kämpfenden StudentInnen und Universitätsangestellten herstellen, eine Verbindung, die in der Vergangenheit peinlich genau von den Gewerkschaftsführungen verhindert wurde.

Auch die radikale Ausweitung des Bildungssektors und seine freie Zugänglichkeit können nur durchgesetzt werden, im Kampf für ein von den Kapitalisten zu finanzierendes Programm öffentlicher Arbeiten und Dienstleistungen unter der Kontrolle der Ausgebeuteten und Unterdrückten, das sowohl Arbeitsplätze als auch Lebensqualität für alle schaffen würde. Selbst so elementare Forderungen wie die nach kostenlosen, guten Kindertagesstätten für Studierende mit Kindern sind offensichtlich seit Jahren nicht durch Betteln und den berühmten öffentlichen Druck zu erreichen. Nur konsequenter Klassenkampf für ein *Programm öffentlicher Leistungen unter Arbeiterkontrolle* kann z.B. gute Kindertagesstätten für *alle* zur Regel machen und damit einen wichtigen Beitrag zur Befreiung der Frau leisten. Eine solche Orientierung an den Bedürfnissen von Menschen steht im grundlegenden Widerspruch zur Profitgier aller Kapitalisten. So einfach und klar diese Übergangsforderungen sind, sie treiben den Kampf über die Grenzen des Kapitalismus und seines Staates hinaus. Die Kämpfe für solche Forderungen müssen daher zusammengefaßt werden zum revolutionären Kampf um eine Regierung der arbeitenden Massen und aller Unterdrückten, die an die Stelle des jetzigen Staates treten muß. Es ist an der Zeit für diese Alternative zur kapitalistischen Barbarei einzutreten.

CAMPUS BOLSHEVIK

Number Nine

March 1998

\$1.00

The Education Campaign Gets a Spine... But Still Lacks a Nervous System!

Nineteen ninety-seven was an important year in the campaign for free tertiary education in New Zealand. From August onwards, the coalition government became the target of some of the most militant actions seen in the long struggle between students fighting capitalist misery and successive governments trying to implement it.

The first signs of an upsurge occurred at the end of 1996, when a wave of student registry occupations swept the country's universities (See our article "For an Education Fightback Worthy of the Name!" in *Campus Bolsheviki*, n 8, March 1997, for a rundown plus discussion on various issues facing activists). Although the occupations generally focused on university councils as their target, nationwide support from university staff increased the pressure on the National government.

But the leadership of the occupations by the student bureaucrats worked to channel student militancy into the dead-end of elections. At times the stage-managed registry occupation at Victoria became little more than a photo opportunity for the likes of Helen Clark and Jim Anderton, as they and their allies in NZUSA and the local student associations sought to get themselves elected. With protesters and their elected leaders placing their hopes on the political parties' promises and a favourable election result, the campaign was kept firmly within the boundaries of electoral pressure. Opportunities for a real struggle for free education and a living allowance for all were thus limited, and with the formation of the National-Winston First coalition students were left high, dry and temporarily deflated.

VUWSA -crats Establish Top-Down Structure for Education Campaign

Jobs stopped getting done and people stopped turning up to meetings. Building a successful EAG means creating structures where everyone can get involved, bureaucratic structures usually lead to low involvement, which almost always produces poor results.

With the leak of Education Ministry documents in August, there was a dramatic turnaround. These leaked papers outlined new and brazen attacks on education with preparations for a privatised tertiary-education sector; the papers proved once again that the government will continue, if no resistance is offered, to attack students, workers and beneficiaries at every opportunity in order to maximise profits for our capitalist overlords.

But if the coalition government thought that student radicalism was a spent force, they were wrong. By the time the policies in the leaked documents emerged officially in the now infamous "Green Paper", more than a thousand students had already marched in Wellington in protest. Not only did this march on 21 August see a respectable turnout, but the marchers showed a willingness to push the fight beyond the limits of the usual walk to Parliament where marchers are lulled to sleep by the customary speeches. The angry militant mood that had contributed to the limited campus occupations the previous year re-emerged, as the protest besieged the Treasury building in an open confrontation with the government and their strong-arm, the cops.

Mass protests continued after the Green Paper's official release, and the level of militancy and anger continued to rise. In Auckland, buildings were occupied and a motorway closed down by students. The response of the police was a predictable use of violence and -sometimes apparently random - arrests. This reached its height in Wellington on 25 September, when 34 students were arrested for "trespassing" on Parliament grounds. Unfortunately,

*Publikation des Bolsheviki Club - Neuseeland:
Zu beziehen über die Redaktionsanschrift*